

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde der LINKEN

die Bundestagswahl 2013 ist Geschichte. Eine Wahl die uns in Gera ein solides, aber leider nicht das gewünschte Ergebnis - die Verteidigung des Direktmandats - und ein Zweitstimmenresultat oberhalb der 30% gebracht hat. Trotz eines sehr überzeugenden Kandidaten, der eine sehr gute Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis geleistet hat - für die ich mich hier stellvertretend für den gesamten Stadtverband noch einmal ausdrücklich bei Dir lieber Ralph bedanken möchte!

Dies reichte leider jedoch nicht aus, die geliehene Popularität der Kanzlerin für den CDU-Kandidaten auszugleichen, um entgegen dem allgemeinen Landestrend das angestrebte Wahlergebnis zu erreichen. Und da braucht es schon eine gehörige Portion Selbsthypnose, wenn wir dann vom CDU-Kreisvorsitzenden hören, das Ergebnis wäre eine Bestätigung der Qualitäten des eigenen Kandidaten, das ist mitnichten so! Der Kanzlerwahlverein CDU hat allein auf die Popularität der Kanzlerin gesetzt und nur mit dieser auch gewonnen.

Doch dies ändert nichts an der Einschätzung, dass wir ALLE gemeinsam hoch engagiert und hoch motiviert Wahlkampf gemacht haben liebe Genossinnen & Genossen, liebe Sympathisanten, denn das war auch ein Mitmach-Wahlkampf! Beim Plakatieren und den Vorbereitungsarbeiten in der Garage, beim Verteilen unserer Infomaterialien, wo wir an verschiedenen Stellen eben auch tatkräftige Unterstützung von Sympathisanten erfahren haben, an den Infoständen und bei den verschiedenen Veranstaltungen und nicht zu vergessen in der Geschäftsstelle aber auch bei den vielen persönlichen Gesprächen, die jeder geführt hat und auch beim Spenden von Geld für den Wahlkampf - all dies waren Puzzelsteine für unseren Wahlkampf, für unser Ergebnis! Für diesen Einsatz möchte ich mich als euer Vorsitzender bei jedem Mitglied und jedem

Sympathisanten ganz herzlich bedanken – Respekt dafür und die Bitte um eine doppelte Wiederholung im kommenden Jahr!

Mit 29,5 % der Zweitstimmen in Gera haben wir unseren Anteil dafür geleistet, dass bei dieser Wahl die Wählerinnen und Wähler DIE LINKE bundesweit zur drittstärksten politischen Kraft - und in Thüringen deutlich als zweitstärksten Kraft bestätigt haben, was deutlich unterstreicht:

Diese LINKE, unsere Partei liebe Genossinnen und Genossen, wird gebraucht in diesem Land und zwar dauerhaft. Das unterstreicht auch der erneute Wiedereinzug in den hessischen Landtag, der den negativen Trend der Landtagswahlergebnisse im Westen gestoppt hat.

Und das Ergebnis vom 22. September 2013 ist vor dem Hintergrund unserer innerparteilichen Entwicklung im vergangenen Jahr keinesfalls gering zu schätzen, trotz aller Hoffnungen und Erwartungen (auch bei mir), dass wir doch noch näher an das von Gregor Gysi gewünschte zweistellige Ergebnis herankommen würden....

Aber wo standen wir in den Umfragen im Sommer vergangenen Jahres - an der 5% Schwelle, an der parlamentarischen Existenzhürde.

Ich war als Delegierter unseres Stadtverbandes mit Ute, der ich von dieser Stelle die besten Genesungswünsche übermittle, gemeinsam dabei, beim Krawallparteitag in Göttingen, wo die Flügel derartig heftig auf die Partei einschlugen, dass sie daran fast zugrunde gegangen wäre. Doch auch dieses Mal war die Hoffnung all derer eine vergebliche, die schon wieder das nahe Ende unserer Partei vorhersagten, die sich diesmal ganz sicher waren, eine gesamtdeutsche Partei, links der SPD mit Sitz und unüberhörbarer Stimme im Bundestag ist Geschichte.

Nein, liebe Genossinnen & Genossen, wir haben auch diesmal alle diese selbsternannten Experten Lügen gestraft, auch dank der Personalentscheidungen des Göttinger Parteitages. Und für die geleistete Arbeit

an der Spitze unserer Partei auch von hier aus den beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger ein kräftige Danke! und weiter so! zuzurufen, ist mir persönlich und politisch ein Bedürfnis, wie euch bestimmt auch!

Nein liebe Genossinnen & Genossen wir haben keinen Grund, traurig zu sein über dieses Wahlergebnis. DIE LINKE hat trotz des prozentualen Rückgangs ihr politisches Gewicht in diesem Land gestärkt. Die „Ausschließeritis“ - eine politische Krankheit der SPD die Zusammenarbeit mit der Linken betreffend, mit enormer Ansteckungsgefahr für die Grünen, ist wohl am aussterben. Schon jetzt gibt es in diesen beiden Parteien eine unüberhörbare Diskussion über die Frage, warum die Parlamentsmehrheit links der Union nicht genutzt werden kann und soll. Dies bedeutet im Kern einen weiteren Akzeptanzgewinn für DIE LINKE -

wir sind keine vorübergehende polit. Erscheinung -

WIR sind gekommen um zu bleiben,

um die polit. Verhältnisse in diesem Land wirklich zu verändern - das Land sozial gerechter, demokratischer und friedlicher zu machen.

Wir sind anders als die anderen, niemals käuflich, wir sind *sozial auch nach der Wahl*. Die politischen Debatten nach dem 22. September belegen - wir sind als LINKE diejenigen, die glaubhaft auch nach der Wahl zu den Versprechen im Wahlkampf stehen. Alle anderen sind jetzt schon wieder eifrig dabei, diese möglichst schnell vergessen zu machen. Warum soll es denn z.B. keinen Beschluss zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn im Bundestag geben, wenn es doch dafür eine Mehrheit bei den Abgeordneten gibt und noch kein Koalitionsvertrag als politischer Würgegriff Grüne oder SPD daran hindert, ihre Zusage an die Wählerinnen und Wähler einzulösen???

Bundespolitisch liebe Genossinnen & Genossen gehen wir also ganz spannenden Zeiten entgegen und da wir nicht wissen, ob und wann es vielleicht doch zu Neuwahlen kommt, haben wir als vorausschauende Wahlkämpfer unsere abgehängten Plakate erstmal eingelagert....

Auch landespolitisch haben wir mit der Bestätigung als zweitstärkste politische Kraft in Thüringen eine gute Basis für den Landtagswahlkampf 2014 gelegt. Die Chance auf einen wirklichen Politikwechsel in Thüringen wird nicht an der LINKEN scheitern. Die Thüringer SPD, die sich ja schon wieder mal vor uns wähnte, wird sich entscheiden müssen, ob sie aus der 2009 selbstgebauten Sackgasse herausfindet und als möglicher, auch kleinerer, Koalitionspartner der LINKEN dieses Land voranbringen will, oder ob sie wieder nur die Funktion des Hilfsmotors der CDU erfüllen will. Dies würde erneut bedeuten, dass die SPD ihre eigenen Wahlversprechen und politischen Ansätze der demagogischen Abgrenzung von der LINKEN und der Option eines linken Ministerpräsidenten unterordnen will. Thüringen braucht aber endlich einen Politikwechsel, eine Ablösung der CDU aus der Regierungsverantwortung. Wir werden daran in den kommenden Wahlkampfmonaten immer wieder erinnern und für einen Politikwechsel in Thüringen streiten. Auch dafür wollen wir auch offensiv in Gera um neue Mitstreiter, neue Mitglieder werben. Sprecht gerade jetzt nach dieser Wahl auch diejenigen an, die uns in den zurückliegenden Wahlkampfwochen mit Sympathie begegnet sind, die uns viel Erfolg gewünscht haben. Wir wissen alle, dass die Mitgliedergewinnung mit dem Blick auf die Zukunft der Partei eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat. Fragen wir deshalb bei unseren Sympathisanten nach, ob nicht sie auch als Mitglied gemeinsam mit uns für den nächsten Erfolg der LINKEN streiten und kämpfen wollen – denn je stärker DIE LINKE desto sozialer und gerechter wird unser Land!

Aber was bedeutet nun das Wahlergebnis für uns als LINKE hier in Gera, für die anstehenden Wahlkämpfe zur Europa-, Stadtrats- und Landtagswahl im kommenden Jahr?

Eine erste Wahlauswertung hat gezeigt, dass uns im Vergleich zum Wahlergebnis von 2009 in einer ganzen Reihe von Wahlbezirken exakt die Prozentpunkte fehlen, die die AfD auf sich vereinen konnte. Für uns als LINKE bleiben die Protestwähler aber wichtig, denn wir sind eine gute Adresse für Protest. Im parlamentarischen und vor allem im außerparlamentarischen Agieren müssen wir das immer wieder deutlich machen!

Und der nächste Wahlgang ist in 8 Monaten ebenfalls schon wieder Geschichte: Am 25. Mai 2014 finden die Europawahlen statt, an die in Thüringen die Kommunalwahlen angekoppelt werden. Das bedeutet, wir stehen ab sofort im Kommunalwahlkampf, an den sich nach der Wahl im Mai nächsten Jahres unmittelbar der Landtagswahlkampf anschließen wird, der mit einem planmäßigen Wahltermin im September 2014 abgeschlossen sein wird.

Ich möchte auf die kommunalpolitische Ausgangslage sehr ausführlich auch in Abstimmung mit unserer Fraktionsvorsitzenden Margit Jung eingehen, da sie leider wegen einer parallelen Ausschusssitzung ins Rathaus muss.

Wir stehen jetzt im Oktober 2013 vor einem beispiellosen kommunalpolitischen Scherbenhaufen. Die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Hahn hat es innerhalb kürzester Zeit geschafft, dass diese Stadt Gefahr läuft nicht nur sämtliche Visionen und Zukunftsprojekte wie z.B. das Stadtbahnprogramm zu verlieren, nein selbst die elementarsten Aufgaben der Daseinsvorsorge die in der Stadtwerke AG gebündelt sind stehen auf der Kippe, weil die

Oberbürgermeisterin offensichtlich über keinerlei Führungsqualitäten verfügt, keinen Plan hat die gewaltigen Probleme unserer Stadt abzuarbeiten.

Stattdessen werden die Stadträte fast monatlich mit neuen Krisenmeldungen und ungeklärten Fragen konfrontiert, ohne dass es ein Lösungsszenario für die angestauten Probleme oder gar eine Zukunftsvision von Seiten der OB gibt. Und das obwohl die Probleme bei den Stadtwerken seit mehr als einem Jahr bekannt und der OB bewusst sind.

DIE LINKE hatte nach dem Wechsel an der Rathauspitze Dr. Viola Hahn eine konstruktiv-kritische Begleitung ihrer Amtsführung als Oberbürgermeisterin zugesagt und diese Zusage in den zurückliegenden Monaten auch eingelöst.

Wir haben als LINKE die Fortschreibung des Schulnetz- und

Schulsanierungsplanes zu den Fragen Berufsschulentwicklung, Zukunft der

Förderzentren und die Gründung einer Gemeinschaftsschule am Standort

Ostschule im Stadtrat initiiert. Wir haben als LINKE den Beitritt zum Thüringer

Energiezweckverband vorgeschlagen was eine Mehrheit im Stadtrat aus nicht

nachvollziehbaren Gründen abgelehnt hat. Wir haben immer wieder die

Einhaltung von Stadtratsbeschlüssen eingefordert, wie. Z.B. den zum

Bürgerhaushalt oder auch zum ISEK inklusive integrierter Sozialplanung und so

weiter und so fort...

Aber immer offensichtlicher wird, dass dieser konstruktiv-kritischen

Zusammenarbeit der Gegenpart fehlt. Die Oberbürgermeisterin war angetreten

eine neue Qualität der Zusammenarbeit mit dem Stadtrat zu pflegen, alte

Gräben zuzuschütten. Aber das was wir im täglichen Handeln erleben

vergrößert mit jeder Woche, jedem Monat die Zweifel, ob dieses Angebot jemals

ernst gemeint war:

Schon von Beginn an wurde der Stadtrat bei wichtigen Entscheidungen einfach

umgangen: Ich erinnere an die Ausschreibung der Landeszentralbank im

September vergangenen Jahres, noch ehe überhaupt eine Diskussion im Stadtrat darüber auch nur terminiert war. Erst nach Intervention der LINKEN wurde die Ausschreibung flugs in eine Interessenbekundung umgemodelt. In einem völlig ungeordneten Verfahren fand die Diskussion zum HH 2013 statt. Kurz nach dem Verteilen einer Entwurfsfassung Ende 2012 wurde diese aus der Diskussion zurückgezogen. Im Januar erhielten die Stadträte lange gar nichts bevor wir dann scheinbarweise eine immer wieder nachgebesserte HH-Plan-Variante bekamen, die selbst eingefleischte Experten vor das Problem stellte, den Überblick zu behalten, was denn jetzt gerade gültig und aktuell war. Doch auch dieser zusammengeschnitzte Entwurf überzeugte nicht, sondern wurde von der Rechtsaufsicht abgelehnt und zur Überarbeitung zurückverwiesen. Übrigens in Übereinstimmung mit Kritik an Luftbuchungen, die auch DIE LINKE mit ihrer Ablehnung dieses HH-Plan-Entwurfs deutlich herausgearbeitet hatte. Doch stattdessen diese Einwände Ernst zu nehmen, wurde im Stadtrat durch die OB eine Debatte über angebliche Schattenhaushalte und Schattenkabinette eröffnet, die für die jetzige Situation verantwortlich gemacht wurden. Der damit zwar nicht ausgesprochene aber sehr wohl gemeinte Korruptionsvorwurf an alle, auch Stadträte der LINKEN war wahrlich eine neue Qualität des tiefen Niveaus, auf das sich die OB mit dieser Rede im Umgang mit dem Stadtrat begab.

In der Zwischenzeit wurde in Verantwortung von Frau Dr. Hahn einfach verpasst, die neuen Termine der finanziellen Zuweisungen des Landes an die Stadt zu berücksichtigen, so dass die Stadt Gera völlig überrascht Ende März vor der Zahlungsunfähigkeit stand. Als letzte Rettung wurde uns dann ein externer Wirtschaftsprüfer offeriert, der nun an Stelle, des unter fragwürdigen Umständen geschassten Finanzdezernenten, ein Eckwertepapier zur Haushaltskonsolidierung aufschrieb.

Auch hier gab es kein transparentes Verfahren, wurden

Sonderstadtratssitzungen angesetzt und wieder abgesagt, hatten die Fraktionen und Ausschüsse keine Gelegenheit ausführlich zu Auswirkungen und Alternativen zu diskutieren. *Gemeinsames Gestalten* = Fehlanzeige!

Dieses Eckwertepapier hat dann tatsächlich mit dem Haushaltsplanentwurf für 2013 am 4. Juli 2013 eine Mehrheit im Stadtrat gefunden, mit dem sich die Stadt verpflichtet in den kommenden 10 Jahren jährlich über 7 Mio. Euro einzusparen.... DIE LINKE hat diesen Haushalt mit dem Eckwertepapier zur Haushaltssicherung abgelehnt, weil dies u.a. bedeutet dass wir kürzen

Zitat:

- bei den Schulträgeraufgaben, jährlich 483.000 Euro,
- bei der Sportförderung, jährlich fast 470.000 Euro,
- bei der Bibliothek, ab nächstem Jahr 132.000 Euro jährlich und ab 2017 fast 400.000 Euro jährlich
- bei den Museen 192.000 Euro nächstes Jahr und ab 2015 384.000 Euro jährlich
- und das war nur ein Auszug aus einer ganzen Liste!

Die Rechtsaufsicht hat diesen unausgeglichenen Haushalt 2013 mit vielen Auflagen u.a. der einen Nachtragshaushalt zu beschließen – ich komme darauf noch zurück – genehmigt, was offiziell das Dilemma der Stadt Gera stellvertretend für viele andere Kommunen im Land nun auch rechtsaufsichtlich geprüft offenkundig macht: mit den Einnahmen können in diesem Jahr die notwendigen Ausgaben unserer Stadt nicht bestritten werden!

Auch deshalb haben wir uns als LINKE Anfang September in einer Klausurberatung von SV, SR-FKT und Basisvertretern zu dem Umgang mit dieser Situation verständigt:

mit dem Blick auf die Schieflage der städtischen Finanzen, ging es auch um die Herangehensweise zu anstehenden kommunalpolitischen Entscheidungen.

Im Ergebnis einer intensiven Debatte wurde einmütig festgestellt:

Die Hauptverantwortung für die dramatische Haushaltssituation und damit der Schlüssel zur Lösung der aktuellen Haushaltsprobleme liegen nicht in Gera, sondern bei der Landes- und Bundesregierung.

Dies negiert nicht Fehlsteuerungen in unserer Stadt in der Vergangenheit und auch nicht Potenziale für Ausgabenreduzierungen und Einnahmesteigerungen. Dafür bedarf es jedoch eines öffentlichen Diskussionsprozesses mit maximaler Transparenz auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und Konzepte der Stadtverwaltung.

Vor dem Hintergrund des bisherigen Konsolidierungsweges in Gera bedeuten weitere Kürzungen der freiwilligen Leistungen im Bereich von Sozialem, Bildung, Kultur und Sport spürbare Einschnitte in die Lebensqualität und die Zukunftschancen der Einwohner unserer Stadt, ohne dass dadurch auch nur annähernd das Haushaltsdefizit ausgeglichen werden kann.

Dafür steht DIE LINKE nicht zur Verfügung!

Genauso wenig ist bei allen finanziellen Problemen die Privatisierung oder Teilprivatisierung von Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge für DIE LINKE eine Option zur nachhaltigen Stadtentwicklung und das Stopfen von Haushaltslöchern.

So weit das Ergebnis der Klausurberatung.

Und ich will unterstreichen: 10 Jahre nach dem Verkauf unseres Klinikums an den SRH-Konzern bleibt die LINKE trotz einer deutlich verschärften finanziellen Notlage unserer Stadt dabei: öffentliches Eigentum der Daseinsvorsorge ist keine haushaltspolitische Spielmasse. Die Stadt Gera hat durch eine

verheerende Fehlsteuerung der Landes- und Bundesregierung, die wir als LINKE immer wieder in Erfurt und Berlin lautstark angeprangert haben, in Größenordnungen zu wenig Geld um ihre gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen:

An Schulen und Kitas können nicht mal mehr die Brandschutzauflagen abgearbeitet werden, droht uns an mehreren Standorten der Entzug der Betriebserlaubnis zur Betreibung dieser Gebäude- und trotzdem wird kein einziger Euro als Investitionskredit genehmigt. Vom neuen Schulbau- und Schulsanierungsplan, den die Oberbürgermeisterin innerhalb von 100 Tagen vorlegen wollte spricht sie schon lange nicht mehr...

Die Stadt Gera kann als Schulträger im begonnenen Schuljahr keinen lehrplangerechten Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler sicherstellen, da die Beseitigung der Zerstörungen durch das Hochwasser wie anderenorts durch die Stadtkasse nicht mal vorfinanziert werden kann!

Die Feuerwehren haben keine Aussicht auf Erneuerung der Fahrzeugtechnik trotz eines maßnahmekonkreten Investitionsplanes, beschlossen im Brand- und Katastrophenschutzbedarfsplan 2011-2016, der von allen Beteiligten bis heute als das gesetzliche Minimum definiert wurde – und trotzdem soll die im HH 2013 beschlossene Verpflichtungsermächtigung zum Ankauf eines überfälligen Löschfahrzeugs gestrichen werden, ohne dass es dazu auch nur eine einzige Diskussion mit den Feuerwehren in Gera gab.

Doch was macht die Oberbürgermeisterin angesichts dieser Situation?: bei der Begründung des unausgeglichene Haushalts erzählt sie uns erneut die Mär, Gera hätte in der Vergangenheit über seine Verhältnisse gelebt und deshalb gäbe es eine Schiefelage der städtischen Finanzen. Wir erkennen darin das alte Lied der CDU – die damit auch im Land und im Bund immer wieder unsoziale Kürzungspolitik zu Lasten der Schwächsten in unserem Land vorbereitet und begründet hat!

Bei der Haushaltsnotlage gilt aber wie bei der Hochwasserkatastrophe: wer die Ursachen und die Verantwortlichen für Fehlentwicklungen nicht erkennt oder erkennen will und diese nicht beim Namen nennt, der wird auf Dauer nur an den Symptomen herumdoktern.

Unsere Vorschläge die Landesregierung per Stadtratsbeschluss aufzufordern ein Schulbauprogramm aufzulegen, wurden genauso abgeschmettert, wie die Idee mit einer Hauptwohnsitzprämie die Ummeldung von in Gera lebenden Studenten zu befördern. Obwohl bekannt ist, dass pro Hauptwohnsitz die Stadt Gera jedes Jahr ca. 500 Euro Schlüsselzuweisung erhält und dies ja in anderen Städten wie z.B. in Jena seit Jahr und Tag erfolgreich praktiziert wird.

Doch all dies lässt sich immer noch steigern:

Die Auflage des Landesverwaltungsamtes bei der Haushaltswürdigung bis zum 10. Oktober, bis nächste Woche einen Nachtragshaushalt inklusive Haushaltssicherungskonzept vorzulegen, wird die Oberbürgermeisterin nicht nachkommen. Statt der Vorlage eines Beschlusssentwurfes wurde den Stadträten am vergangenen Montag im Hauptausschuss einfach mitgeteilt, man habe eine Terminverlängerung im Land beantragt und dafür soll jetzt folgende Zeitschiene gelten: Am 23. Oktober will Frau Dr. Hahn einen Nachtragshaushalt den Stadträten vorlegen und am 28. Oktober soll der Beschlusssentwurf zum Haushaltssicherungskonzept folgen. Darüber sollen am gleichen Tag und am darauf folgenden 29. Oktober die Fachausschüsse beraten und am Montag, den 4. September, soll in einer Sondersitzung des Stadtrates darüber abgestimmt werden...

Über ein Haushaltssicherungskonzept, dass für 10 Jahre konkrete Konsolidierungsmaßnahmen beschreibt, was die Einschränkung von Leistungen, die Erhöhung von Gebühren und die Schließung von Einrichtungen zur Folge haben soll!

Dafür hat sich die Oberbürgermeisterin 5 Wochen für die verwaltungsinterne Diskussion reserviert und für die Debatte in der Öffentlichkeit, im Stadtrat und mit den Betroffenen eine einzige Woche vorgesehen.

Ich frage euch, liebe Genossinnen & Genossen, was ist das denn anderes als eine Verhöhnung des Stadtrates und damit jedes Anspruchs einer transparenten, demokratisch legitimierten Entscheidungsfindung, die in einer solch prekären Situation das Gebot der Stunde wäre. Wir haben einen Bürgerhaushalt eingefordert, weil wir eine demokratische Bürgerkommune entwickeln wollen - aber davon sind wir mit dieser Oberbürgermeisterin und ihrem Amtsverständnis meilenweit entfernt! Wir kämpfen zurzeit um Selbstverständlichkeiten, um die Transparenz den Stadträten gegenüber! Nichts ist von der neuen Qualität des Umgangs mit dem Stadtrat zu sehen - *Gera gemeinsam gestalten* = Fehlanzeige. Wie sollen denn in einer Woche die Vorschläge der Verwaltung mit Betroffenen diskutiert und bewertet oder gar Alternativen der Stadträte geprüft werden? Man muss mehr als nur bezweifeln, ob das denn überhaupt gewollt ist! Hier wird nur noch eine Alibi-Diskussion der Stadtratsabstimmung vorgeschaltet um formal ein Häkchen setzen zu können, den demokratischen Anschein gewahrt zu haben. In Wirklichkeit wird es darauf hinaus laufen, dass uns der externe Wirtschaftsprüfer, dessen Vertrag gerade von der OB verlängert wurde, wieder mal erklärt, dass dies alles alternativ los sei!

„Vogel friss oder stirb!“

Können wir in diesem Prozess wirklich unserer kommunalpolitischen Verantwortung, dem Mandat der Wählerinnen und Wähler gerecht werden?

Ich sage euch: nein liebe Genossinnen und Genossen, für eine solche Missachtung der elementarsten Grundregeln demokratischer Entscheidungsprozesse, noch dazu bei so grundsätzlichen Entscheidungen für die Einwohner darf es keine Zustimmung durch DIE LINKE geben, genauso

wenig wie für ein radikales Kaputtsparen unserer Stadt. Dafür steht DIE LINKE nicht zur Verfügung.

Dieses aktuelle Geraer Finanzdesaster, hat die Oberbürgermeisterin Dr. Viola Hahn zu verantworten, die die schlechten landes- und bundespolitischen Rahmenbedingungen mit einem Komplettausfall an verwaltungsinternem Handwerkszeug und nicht vorhandener Führungsstärke gepaart hat und deshalb Schaden für die Stadt und ihre Einwohner nicht nur nicht abwendet, sondern geradezu heraufbeschwört.

DIE LINKE wird nicht der Mehrheitsbeschaffer für diese falsche Politik der Oberbürgermeisterin sein, denn dafür werden wir mit Sicherheit bei den anstehenden Stadtratswahlen nicht gewählt werden.

Wir können auch nicht mit eigenen Vorschlägen die Unfähigkeit der Rathauspitze ersetzen oder kompensieren. Dafür fehlt uns nicht nur

1.)

die Mehrheit im Stadtrat , sondern auch

2.)

die verwaltungsinterne Kompetenz zur Erarbeitung von nachhaltigen Konzepten sowie

3.)

das Mandat für die unabdingbaren Verhandlungen mit der Landesregierung über eine dringend notwendige substanzielle Unterstützung. Selbst auf den Brief der 3 Landtagsabgeordneten unserer Stadtratsfraktion hat die Landesregierung in Person der MP nur mit einer Hinhaltetaktik geantwortet:

Zitat:

„Frau Ministerpräsidentin Lieberknecht dankt Ihnen für das Schreiben der Geraer Landtagsabgeordneten aus der Fraktion DIE LINKE vom 1. Juli 2013 die Finanzierung des Stadtbahnprogramms des Geraer Verkehrsbetriebs betreffend.

Sie hat den Innenminister gebeten, den Sachverhalt zu prüfen und Ihnen zu antworten. Auch an die weiteren in der Angelegenheit zuständigen Ministerien wurde Ihr Schreiben übersandt. Eine abgestimmte Antwort wird Sie so bald als möglich erreichen.“

Bis heute gab und gibt es weder eine abgestimmte noch sonst irgendeine Antwort und auch das ist ja dann doch eine! Es passiert einfach: NICHTS!

Wir werden aber auch weiterhin eigene Vorschläge für eine konstruktive Debatte im Stadtrat unterbreiten, ohne aber dem falschen Kurs der Oberbürgermeisterin zu befördern.

Wir haben die Aufgabe zu verhindern, dass in der Stadtratswahl diese OB, die eine Politik zum Nachteil der Einwohner unserer Stadt macht, dafür euch noch eine Mehrheit des eigenen Unterstützerlagers bekommt, denn dann, liebe Genossinnen & Genossen, liebe Geraerinnen und Geraer, wird die aktuell beschriebene Situation nur der Auftakt für eine noch viel schlimmere Entwicklung sein!

DIE LINKE hat, auch entsprechend unserer Fraktionsstärke, Verantwortung für die politische Unterstützung der Verwaltungsspitze (gemeint ist hierbei immer die Oberbürgermeisterin) mit einer kompetenten Besetzung der Stelle der Sozialdezernentin durch unseren Personalvorschlag mit Sandra Schöneich besetzt, der ich an dieser Stelle einen Dank für die bisherige gute Zusammenarbeit aussprechen möchte!

Darüber hinaus sehe ich DIE LINKE nicht in der Pflicht und auch nicht in der Verantwortung der Oberbürgermeisterin und ihrer „Allianz für Gera“ bei der Lösung ihrer Personalprobleme zur Hand zugehen. Wie der Austritt des Stadtrats Bornkessel aus der CDU-Fraktion in dieser Woche belegt, gibt es dort einen internen Erosionsprozess der uns all den notwendigen internen Debatten mit einem geschlossen politischen Agieren nach außen schon deutlich positiv

von dieser Seite des Stadtrats unterscheidet! Im übrigen wird dies auch Auswirkungen auf die Sitzverteilung in den Stadtratsausschüssen haben, wo jetzt die Bürgerschaft einen Sitz in jedem Ausschuss erhält, obwohl niemand 2009 Bürgerschaft gewählt hat, weil es diese gar nicht gab – auch dies ist eine sehr fragwürdige Entwicklung und lässt sich nur als Wahlplattform für die enttäuschte CDU-und FDP-Stadträte erklären...

DIE LINKE hat in dieser Situation die Aufgabe, ihr kommunalpolitisches Profil klar und deutlich zu vertreten und damit auch im Mai nächsten Jahres um große Zustimmung zu werben. Der Prozess der Erarbeitung unseres Kommunalwahlprogramms hat begonnen. Bis zum Jahreswechsel soll ein Entwurf für die parteiöffentliche Diskussion sowie die Debatte mit externen Fachleuten vorliegen.

Und auch die Gespräche mit Kandidatinnen und Kandidaten für unsere Stadtratsliste sind auf einem guten Weg.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme zum Schluss:

Die Bundestagswahlen waren der Auftakt für einen Wahlzyklus der uns noch die kommenden 12 Monate die Aufgaben diktieren wird, auch dafür dienen die heute noch anstehenden Wahlgänge. Die erste Etappe haben wir gemeinsam gut gemeistert, auch wenn es beim Ergebnis noch Luft nach oben gibt. Für 2014 kann es kein anderes politisches Ziel für die Geraer LINKE geben, als an den Wahlergebnissen von 2009 anzuknüpfen: wir wollen stärkste politische Kraft in der Kommunalpolitik bleiben und die beiden Direktmandate von Margit Jung und Dieter Hausold zur Landtagswahl verteidigen.

Dies können wir schaffen, aber nur gemeinsam! Wenn wir unsere gesamte Kraft auf diesen Wahlkampf konzentrieren und die internen Debatten auch intern führen.

Wenn wir uns immer bewusst sind, welche politische Rolle wir als LINKE in den verschiedenen Ebenen haben und welche Erwartungen unsere Wählerinnen und Wähler mit den politischen Mandaten für DIE LINKE verbinden.

In diesem Sinne wünsche ich uns heute eine gute Diskussion, die vor allem viel Motivation für die kommenden Wochen und Monate bringt.

DIE LINKE wird gebraucht – lasst uns dafür kämpfen, noch stärker und zahlreicher zu werden. Wir sind gekommen um zu bleiben.

Glück auf!